Umbaja e.V. und GAAKT e.V.

Presseinformation

03.09.2025

Sudanes:innen in Deutschland fordern von der Bundesregierung Unterstützung und entschlossenes Handeln angesichts der humanitären Katastrophe im Sudan

Anlass:Anhaltende humanitäre, menschenrechtliche und politische Katastrophe im Sudan seit dem 15. April 2023.

Hintergrund: Der Sudan leidet seit Jahrzehnten unter diktatorischer militärischer Unterdrückung, Bürgerkrieg und systematische Verhinderung demokratischer Strukturen. Der jüngste Krieg zwischen rivalisierenden Generälen – unterstützt durch regionale Akteure – hat eine der schwersten humanitären Krisen weltweit ausgelöst: Über 30 Mio. Menschen benötigen dringend Hilfe, über 12 Mio. Binnenvertriebene und Tausende Geflüchtete in Deutschland.
Angesichts dieser katastrophalen Lage fordern Umbaja e.V. und GAAKt e.V., zwei Vereine, die Sudanes:innen in der Diaspora vertreten im Interesse der sudanesischen Bevölkerung von der deutschen Politik parteiübergreifende Geschlossenheit und entschlossenes Handeln.
Kernforderungen an Bundestag und Bundesregierung:

1. Einheitliche deutsche Haltung zum Sudan: Überparteiliche Solidarität gegen Diktatur, für Demokratie und Menschenrechte.
2. Umfassende humanitäre Soforthilfe: Finanzielle Sonderhilfe, sofortige Auszahlung über UN, IKRK, NGOs und engmaschiges Monitoring.
3. Humanitärer Zugang & Logistik: Nutzung diplomatischer Kanäle und Bereitstellung von Transport- und Technik-Kapazitäten.
4. Politische Initiativen für Waffenruhe & Friedensprozess: Priorisierung Sudans in deutscher Afrika Strategie und Unterstützung eines UN/AU-vermittelten Prozesses.
5. Gezielte Sanktionen: Einreise- & Vermögenssperren, Waffenembargo und Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs
6. Unterstützung demokratischer Kräfte & Zivilgesellschaft: Förderung unabhängiger Medien, Menschenrechtsorganisationen und Schutz & sichere Kommunikation.
7. Maßnahmen für Sudanes:innen in Deutschland: Humanitäre Eilvisa, schnellere Asylverfahren und erleichterte Familienzusammenführung, erweiterte Integrationshilfen.
8. Institutionalisierte Diaspora-Partnerschaft: Bundesbeirat Sudan unter Leitung von AA & BMZ und Vierteljährliche Berichte.
9. Ausnahme von ODA-Kürzungen & Transparenz: Sudan-Hilfe nicht von Entwicklungsbudgetkürzungen betroffen und Veröffentlichung eines detaillierten deutschen Aktionsplans Sudan.

Die sudanesische Bevölkerung ruft die deutsche Regierung auf, ihrer Verantwortung für Menschenrechte, Demokratie und Frieden gerecht zu werden – durch sofortiges Handeln, nachhaltige Unterstützung und eine feste Partnerschaft mit der sudanesischen Zivilgesellschaft und der Diaspora.

Kontakt:
Umbaja e.V., c/o kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover
+4917641828994
umbaja@umbaja.org
www.umbaja.org , www.gaakt.org
Umbaja e.V. und GAAKT e.V. im Namen der sudanesischen Gemeinschaft in Deutschland und der Bevölkerung des Sudan.